

Finanzpolitische Eckpunkte des Bundesfachausschusses 04 von Bündnis Deutschland

Inhalt

A. Einführung	2
B. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen	3
1. Streichung der EEG-Umlage	3
2. Abschaffung der Substanzsteuern	3
3. Abschaffung des Solidaritätszuschlags	3
4. Abschaffung aller Bagatell- und Erziehungssteuern	3
5. Vereinheitlichung der Umsatzsteuer	3
6. Abschaffung der Besteuerung von Renten	4
7. Abschaffung der Kalten Progression	4
8. Abschaffung der Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer	4
9. Reduzierung der Ministerien	4
C. Langfristige Maßnahmen	5
10. Bilanzierung des Bundeshaushalts	5

A. Einführung

Deutschland hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Das gesamte deutsche Steueraufkommen aller Ebenen hat sich seit 2005 von damals 452,1 Milliarden Euro auf 895,7 Milliarden Euro im Jahr 2022 nahezu verdoppelt. Bündnis Deutschland wird als politische Kraft die Haushaltsdisziplin auf allen politischen Ebenen wieder zum Grundsatz machen. Die vom Bundesverfassungsgericht zuletzt wieder in den Fokus gestellten Prinzipien der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit und Jährlichkeit müssen wieder die Grundlage jedweder haushaltspolitischen Entscheidung sein. Die Finanzpolitik muss sich diesem Ziel unterwerfen.

Als freiheitlich und konservative Kraft wollen wir die Ausgabenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Blick nehmen und unsere Finanzpolitik danach ausrichten. Die wichtigste Aufgabe einer solchen Haushalts- und Finanzpolitik ist das Ausfinanzieren der unbedingt notwendigen staatlichen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung und ein nachhaltiges Rentensystem mit einem vereinfachten und für die Bürger verständlichen Steuersystem. Wir wollen unnötige Bürokratie, überbordende Verwaltungen, überflüssige Ministerien, unwirtschaftliche Subventionen und unnötige Steuern mit einem einheitlichen Gesamtkonzept abschaffen und stattdessen Investition und Innovation wieder zum Grundpfeiler der Politik machen.

Bis wir das Ziel der Umsetzung eines solches Konzepts erreichen können, schlagen wir kurz- und mittelfristig bereits Änderungen am bestehenden System vor, um unseren Grundsätzen ein Fundament zu geben.

B. Kurz- und mittelfristige Maßnahmen

1. Streichung der EEG-Umlage

Bündnis Deutschland setzt sich für die sofortige ersatzlose Streichung der Erneuerbaren-Energien-Umlage ein. Damit entfallen die Zusatzkosten für den Stromverbraucher.

2. Abschaffung der

Bündnis Deutschland fordert die generelle Abschaffung aller Substanzsteuern. Solche Substanzsteuern sind ungerechte Steuern, da sie erstens nicht auf die vorhandene Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen abzielen und zweitens ein bestimmtes Vermögen besteuern, das zumeist bereits aus versteuertem Einkommen entstanden ist.

3. Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Der Solidaritätszuschlag, der sich in seiner heutigen Form de facto überholt, daher soll er abgeschafft werden, da die Grundlage der Erhebung dieser Sonderabgabe entfallen ist.

4. Abschaffung aller Bagatell- und Erziehungssteuern

Kurzfristig halten wir die Abschaffung sämtlicher Bagatell- und Erziehungssteuern für geboten. Dies reduziert den Erhebungsaufwand für die Finanzbehörden und die Steuerpflichtigen.

5. Vereinheitlichung der Umsatzsteuer

Bei der sogenannten Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) hat sich ein überkomplexes System etabliert, das unterschiedliche Steuersätze hervorgebracht hat. Wir streben mittelfristig eine einheitliche Umsatzsteuer an, was zu einer effizienteren und gerechteren Besteuerung führt. Einen reduzierten Umsatzsteuersatz sehen wir, wenn überhaupt, für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Gebrauchs.

Zudem wollen wir die EU-Mehrwertsteuersystemrichtlinie in der Form ändern, dass in die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer zukünftig nicht mehr „Steuern, Zölle, Abschöpfungen und Abgaben“ einberechnet werden können.

6. Abschaffung der Besteuerung von Renten

Renten sind der geldwerte Ausgleich der Lebensleistung. Wir halten es für geboten, die doppelte Besteuerung von Renten endgültig abzuschaffen.

7. Abschaffung der Kalten Progression

Im aktuellen Einkommensteuerrecht kommt es bei Inflation zu einer steuerlichen Ungerechtigkeit, die sich Kalte Progression nennt. Dies betrifft auch alle Freibeträge, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträge. Wenn ein Anpassen der Eckwerte im progressiven Steuertarif und bei den Freibeträgen, Freigrenzen, Pausch- und Höchstbeträgen unterbleibt, kommt es durch die Inflation zu Steuermehreinnahmen, worüber allerdings der Haushaltsgesetzgeber nicht entschieden hat. Wir halten es daher bis zu einer allgemeinen Steuerreform für geboten, dass hier kurzfristig eine Indexierung stattfindet, die immer automatisch die Inflation ausgleicht.

8. Abschaffung der Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer

Die Abschaffung von Hinzurechnungen und Ausnahmetatbeständen in der Gewerbesteuer soll dazu beitragen, die finanzielle Belastung für Unternehmen zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu stärken. Durch die Beseitigung von komplizierten Regelungen und Vorschriften wird das Steuersystem transparenter und nachvollziehbarer, was Unternehmen dabei unterstützt, sich auf ihr Kerngeschäft zu konzentrieren und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern.

9. Reduzierung der Ministerien

Die Abschaffung von Ministerien und deren Zusammenlegung halten wir mittelfristig für notwendig, um die Regierungseffizienz zu steigern und die bürokratische Komplexität zu verringern. Wir erhoffen uns dadurch eine verbesserte Koordination und Kommunikation zwischen verschiedenen Regierungsbereichen. Durch die

Schaffung schlankerere Strukturen und das Ausschöpfen von Synergieeffekten sollen die Verwaltungskosten drastisch gesenkt werden. Dies soll zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung beitragen und die finanzielle Stabilität des Staates stärken.

C. Langfristige Maßnahmen

10. Bilanzierung des Bundeshaushalts

Zukünftig soll der Bundeshaushalt nach dem Prinzip der doppelten Buchführung aufgestellt werden. Dafür muss die Regierung einen transparenten Plan für die Einnahmen und Ausgaben vorlegen und darstellen, wie die finanziellen Mittel verwendet werden. Wir wollen damit eine effiziente Haushaltspolitik gewährleisten, deren Ziel es ist, die notwendigen Aufgaben des Staates zu finanzieren und den Schuldenstand abzubauen.